

STUDIENGUTACHTEN

Investitionen in den Gemeinden

In Kooperation mit:

ÖSTERREICHISCHER
KOMMUNALVERLAG

Studienautor: Dr. Harald Pitters

Wien, Mai 2017

INHALTSVERZEICHNIS

AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG	3
STUDIENBEFUNDE	3
TABELLENBAND	20
FRAGEBOGEN	77

Dr. Harald Pitters

Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger
Georg Sigl Gasse 5/3
A-1090 Wien

STUDIENGUTACHTEN „INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN 2017“

I. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

Gegenstand des vorliegenden demoskopischen Gutachtens ist die Evaluierung von Investitionen auf kommunaler Ebene, die auf einer standardisierten Befragung von 435 Entscheidungsträgern in österreichischen Gemeinden zu ihrer finanziellen Situation und Einschätzung potentieller Investitionstätigkeiten basiert. Die jährliche Befragung wurde im Frühjahr 2017 bereits zum sechsten Mal durchgeführt und bietet somit die Möglichkeit, Zeitvergleiche zu den Ergebnissen der vorangegangenen Jahre anzustellen. In Folge wird aus demoskopischer Sicht analysiert und fallweise in Kombination mit Sekundärstatistiken interpretiert. Als methodische Basis für die Bewertung dienen neben den Befragungsergebnissen auch sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse sowie die langjährige Praxisexpertise des Verfassers dieses Gutachtens. Zu Ausbildung und Qualifikation des Autors wird auf die gerichtliche Zertifizierung verwiesen (§86 GOG).

II. STUDIENBEFUNDE

Allgemeines

Im Rahmen dieser Untersuchung führte Pitters® Trendexpert von 14. März bis 04. Mai 2017 insgesamt 435 Online-Interviews (CAWI) mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene (Bürgermeister, Amtsleiter u.a.) durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei rund 12 Minuten. Zentrale Fragen der Studie waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen. Das im März 2017 vom Ministerrat beschlossene kommunale Investitionsprogramm mit einer Förderungssumme von insgesamt 175 Millionen Euro ermöglicht zusätzliche Investitionen in die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur. Nachstehend folgen ausgewählte Ergebnisse mit grafischer Aufarbeitung der erhobenen Gesamtwerte. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ergeben sich dabei Prozentsummen von 99-101%. Sämtliche Detailergebnisse umfasst der anschließende Tabellenband.

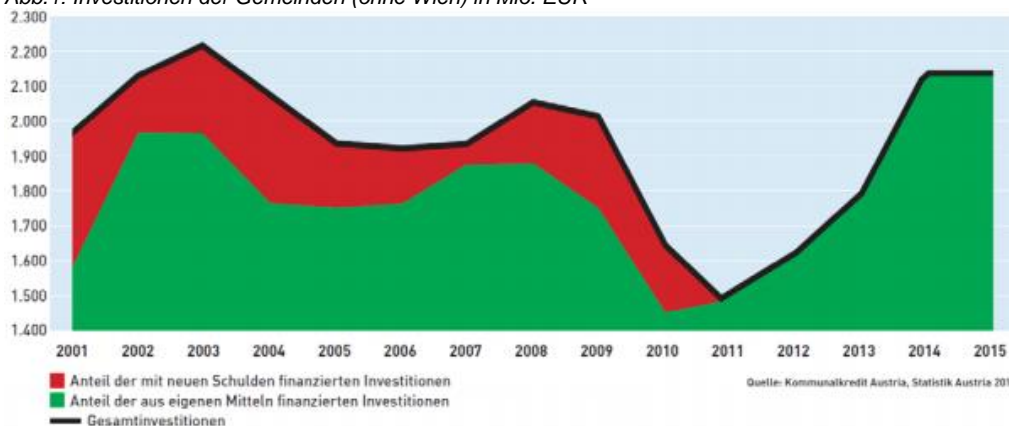
Beschreibung der Respondenten

Hinweis: Zugunsten der Lesbarkeit wird auf eine männlich/weiblich Formulierung verzichtet. Sämtliche Ausdrücke, die männlich formuliert sind, gelten sinngemäß auch für Frauen. Insgesamt nahmen österreichweit 435 Entscheidungsträger in den einzelnen Gemeinden an der Umfrage teil, das entspricht einem Rücklauf von mehr als 20% der Gemeinden Österreichs. In 177 Fällen beantworteten die Bürgermeister den Online-Fragebogen, in 156 Fällen die Amtsleiter, in den restlichen Fällen waren es andere Gemeindebedienstete (z.B. Finanzleiter, Kassenverwalter). 88% der Befragten sind Männer, 12% Frauen. Die soziodemographischen Variablen wie Geschlecht, Alter und Schulbildung entsprechen der realen Verteilung in den Gemeinden, damit sind repräsentative Interpretationen zulässig. Darüber hinaus wurden als zusätzliche Variablen für den Tabellenband die Ortsgröße, die Funktion der Befragten und die Einschätzung der finanziellen Situation der Gemeinde ausgewertet.

Allgemeine Aussagen zur Gemeinde

Generell ist die Zustimmung zu den abgefragten Aussagen betreffend Lebensqualität und finanzielle Situation über die Jahre hinweg stabil. Stets die größte Mehrheit der Befragten (96%, +4 Pp.) geht davon aus, dass sich die Lebensqualität in ihrer Gemeinde in den letzten Jahren erhöht habe. Allerdings sagen wie im Vorjahr zwei Drittel (66%, -1 Pp.), dass die finanzielle Situation ihrer Gemeinde derzeit Investitionen erschweren würde. Vor allem kleinere Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern sehen hier kaum Handlungsspielraum – nur 18% stimmen der Aussage noch *nicht* zu. Das heißt jedoch nicht, dass keine Investitionen mehr getätigt werden. 2015 stieg das Investitionsniveau um 0,1% auf EUR 2.151 Mio. und stellt somit den höchsten Wert ohne Neuverschuldungen seit dem Jahr 2000 dar.

Abb. 1: Investitionen der Gemeinden (ohne Wien) in Mio. EUR



Im Jänner 2017 trat das durch den österreichischen Stabilitätspakt festgelegte strukturelle Null-Defizit in Kraft, was für die Gemeinden bedeutet, dass die Vermögensgebarung (die Investitionsausgaben abzüglich Kapitaltransfer) durch den Überschuss der laufenden Gebarung ohne Berücksichtigung von Einnahmen aus Finanztransaktionen (Schuldenaufnahme, Rücklagenauflösungen) gedeckt sein muss.¹ 2015 konnten die damit verbundenen Schranken, ähnlich wie 2014, fast annähernd ausgenutzt werden. Diese Obergrenze für Investitionen betrug in der abgelaufenen Periode EUR 2.327 Mio. Besonders kritisch sehen die Gemeinden allerdings den derzeitigen Verteilungsschlüssel im Finanzausgleich: 78% nennen diesen als Hindernis für neue Investitionen, vor allem jene (87%), die ihre aktuelle finanzielle Situation als schlecht beurteilen, und vor allem kleinere Gemeinden, die sich durch den derzeitigen Verteilungsschlüssel benachteiligt fühlen.

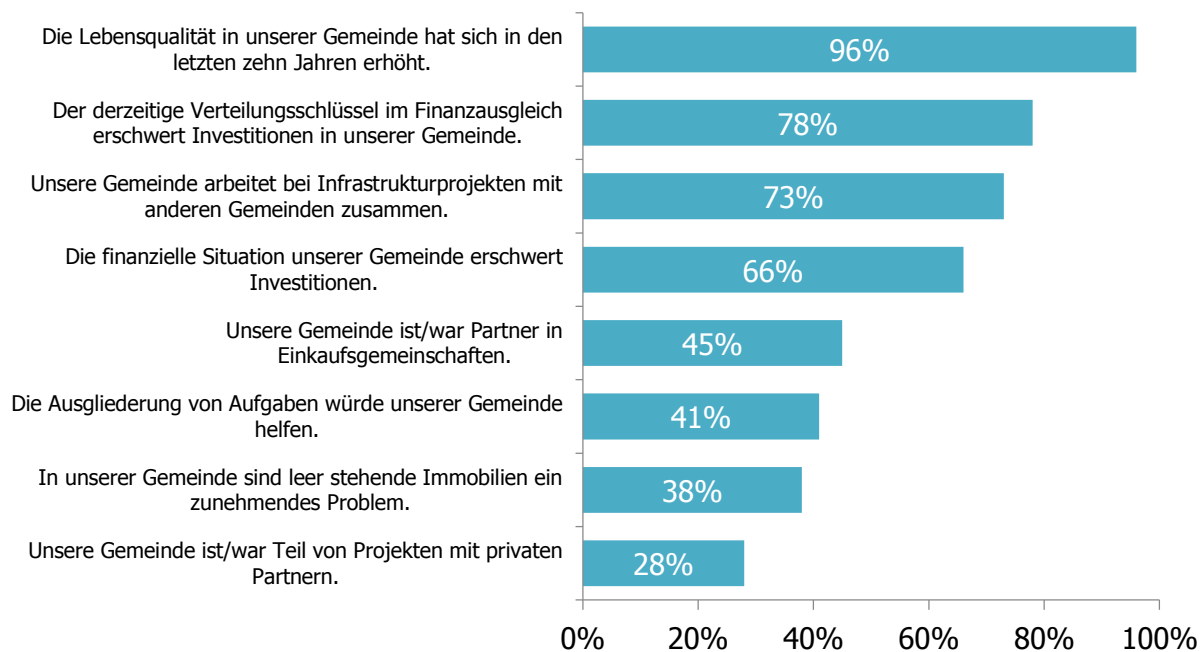
In Punkto Partnerschaften und Ausgliederung von Aufgaben gehen 73% (+1 Pp.) der Gemeinden einer Kooperation mit anderen Gemeinden bei Infrastrukturprojekten nach. Etwas weniger als die Hälfte (45%, ±0 Pp.) ist/war auch Partner in Einkaufsgemeinschaften, 28% (+1 Pp.) sind/waren Teil von Projekten mit privaten Partnern. Dass das Ausgliedern von Aufgaben der Gemeinde helfen würde, glauben immerhin 41% (+3 Pp.).

Leicht gesunken ist der Anteil an Gemeinden, die angeben, dass leer stehende Immobilien für sie ein zunehmendes Problem darstellen (38%, -2 Pp.). Das Leerstehen von Immobilien ist ein Merkmal von stattfindenden Schrumpfungprozessen, die unter anderem auf Bevölkerungsrückgänge und demografisch bedingte Strukturveränderungen zurückführbar sind. Dass dieses Thema an Bedeutung gewinnt, zeigt sich auch daran, dass 2016 bereits zum fünften Mal die sogenannte „Leerstandskonferenz im ländlichen Raum“ in Leoben stattfand, bei der man sich schwerpunktmäßig mit leerstehenden Hotels und Appartmenträumlichkeiten in Tourismusgebieten beschäftigte.²

¹ Kommunalkredit Austria AG (2016): Gemeindefinanzbericht 2016, S. 24

² vgl. <http://www.leerstandskonferenz.at/>

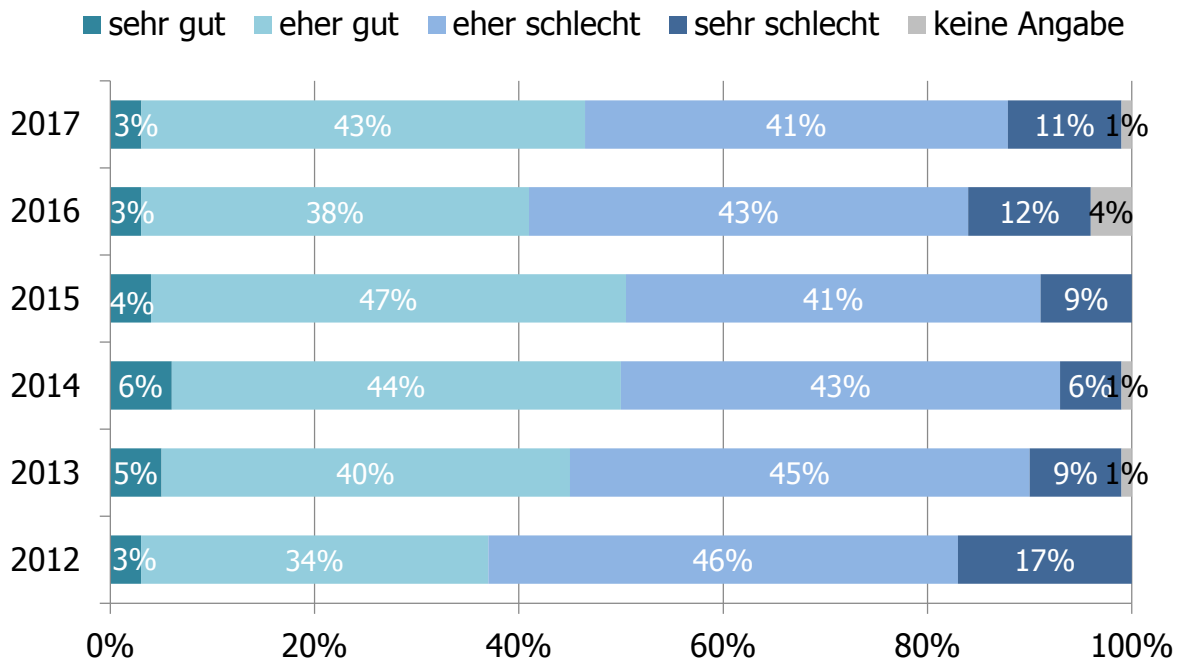
Abb.2: Zustimmung zu ausgewählten Aussagen



Aktuelle finanzielle Lage der Gemeinden

Die subjektive Einschätzung der finanziellen Lage zeigt, dass in den Gemeinden gegenüber dem Vorjahr eine optimistischere Stimmung herrscht. 2017 schätzen 46% (+5 Pp.) der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „sehr gut“ oder „eher gut“ ein und 52% (-4 Pp.) als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. 1% geben keine Angabe ab.

Abb.3: Einschätzung der finanziellen Situation (Zeitvergleich 2012-2017)



Es lässt sich ein Rückgang bei der Zahl der österreichischen Abgangsgemeinden, also jenen Gemeinden, die ein negatives ordentliches Haushaltsergebnis ausweisen, beobachten. Die Anzahl der so ausgewiesenen Abgangsgemeinden sank 2015 um 18,4% bzw. 180 Gemeinden im Vergleich zum Vorjahr auf 797. Ein Rückgang konnte somit ebenso beim Anteil der Abgangsgemeinden an der Gesamtanzahl österreichischer Gemeinden verzeichnet werden, der von 42% im Jahr 2014 auf 38% im Jahr 2015 sank. Die hohe Anzahl der Abgangsgemeinden erklärt der Gemeindefinanzbericht 2016 durch die hohen Investitionen, die im Haushalt als Ausgaben behandelt werden.³

Abb.4: Zahl der Abgangsgemeinden in Österreich



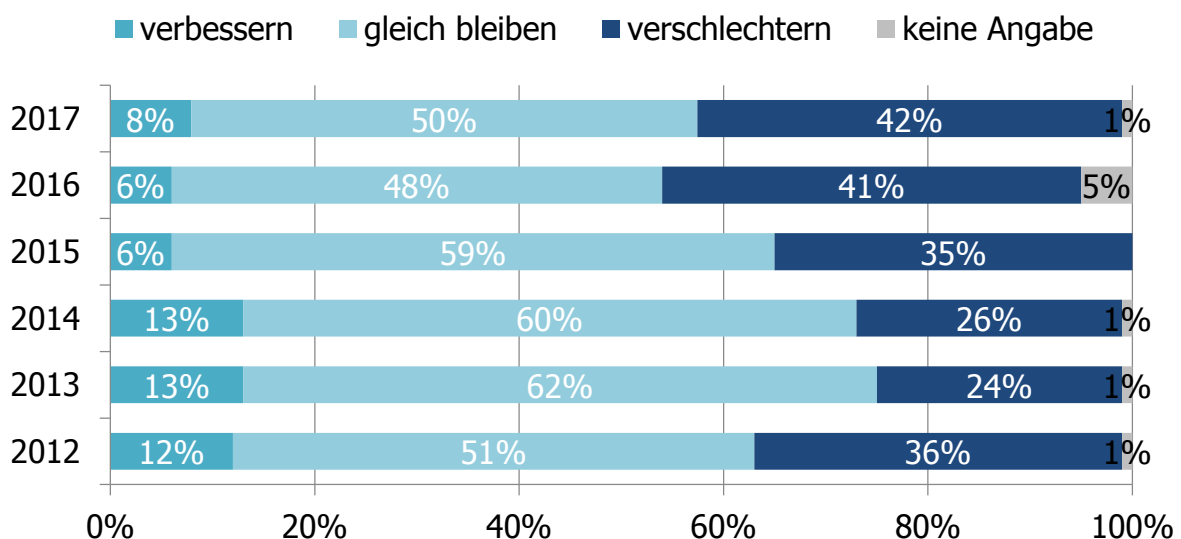
³ Kommunalkredit Austria AG (2016): Gemeindefinanzbericht 2016, S. 24

Die Beurteilung der finanziellen Lage variiert deutlich zwischen kleineren und größeren Gemeinden, wobei insbesondere kleine Gemeinden eine negativere Einschätzung abgeben. Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern sagen nur zu 27% (+2 Pp.), dass ihre finanzielle Lage gut sei, jene mit 1.001 bis 2.000 Einwohnern zu 43% (+5 Pp.), am häufigsten jene mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern (58%, +11 Pp.) und jene mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern zu 56% (-7 Pp.). Interessanterweise sagen größere Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern nur noch zu 42% (-4 Pp.), dass ihre finanzielle Lage gut sei, wobei hier auf die geringe Fallzahl (n=26) und die damit einhergehende größere Schwankungsbreite hinzuweisen ist.

Änderung der finanziellen Situation

Der Anteil der Gemeinden, welche von stabilen finanziellen Entwicklungen in den kommenden Jahren ausgeht, hat sich in den letzten 12 Monaten kaum verändert: 2017 gehen 50% (+2 Pp.) davon aus, dass ihre finanzielle Situation gleich bleiben wird, 42% (+1 Pp.) befürchten jedoch, dass sie sich verschlechtert. Von einer Verbesserung gehen nur 8% aus. Ein Zusammenhang besteht zwischen der Einschätzung der aktuellen und jener der künftigen Lage: Gemeinden, die ihre derzeitige finanzielle Lage bereits als schlecht bezeichnen, gehen zu 53% davon aus, dass sich die Lage auch in den kommenden Jahren weiter verschlechtern wird, während lediglich 31% der Gemeinden, die ihre derzeitige finanzielle Lage positiv beurteilen, eine Verschlechterung in den nächsten paar Jahren befürchten.

Abb.5: Einschätzung der finanziellen Entwicklung für die kommenden zwei Jahre (Zeitvergleich 2012-2017)



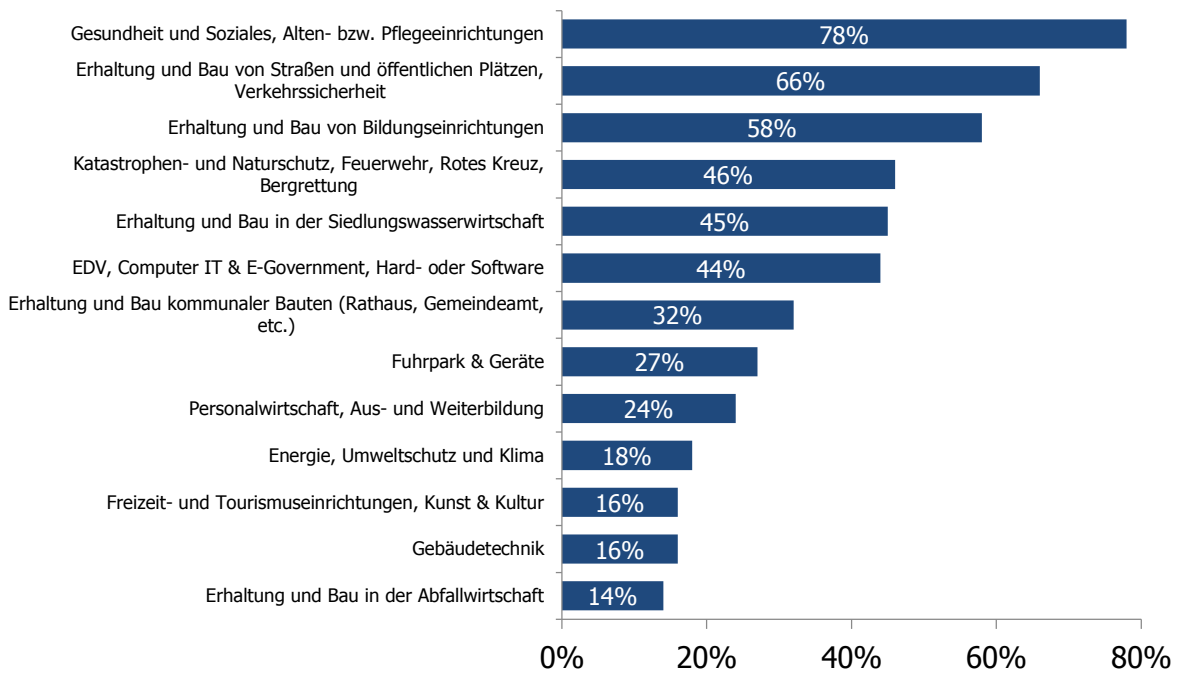
Anstieg der Ausgaben

Die Sozialausgaben in Österreich steigen kontinuierlich an. Nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels werden die Pflege und Betreuung älterer bzw. kranker Menschen zur immer stärkeren finanziellen Belastung für die kommunale Ebene. Die Gemeinden kommen dabei gemeinsam mit den Ländern primär für die Sachleistungen (z.B. in Form mobiler Dienste oder Seniorenheime) auf. Dass die Ausgaben in den Gemeinden vor allem für Sozialausgaben gestiegen sind, zeigt auch die Befragung. Während der Anteil an Gemeinden, die angeben, die Kosten seien in den letzten zehn Jahren merklich gestiegen, in nahezu allen Bereichen konstant bleibt, wurde der stärkste Anstieg im Bereich der Gesundheitsversorgung und Altenpflege verzeichnet. 2017 sagen 78% (-5 Pp.) der Gemeinden, die Ausgaben seien in den letzten zehn Jahren vor allem im Bereich Gesundheit/Soziales bzw. bei Alten- und Pflegeeinrichtungen wesentlich stärker gestiegen als die durchschnittlichen Gemeindeausgaben.

Aber auch infrastrukturelle Investitionen verursachen in immer mehr Gemeinden Kosten: 66% (-9 Pp.) der Befragten geben an, die Ausgaben seien für den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sowie für die Verkehrssicherheit gestiegen. Mehr als die Hälfte der Gemeinden in Österreich (58%, +2 Pp.) gibt an, die Kosten für den Erhalt und Bau von Bildungseinrichtungen seien ebenfalls gestiegen. In 46% (+5 Pp.) der Fälle sagen die Befragten, die Kosten seien für Katastrophen- und Umweltschutz sowie Rettungskräfte gestiegen, bei 45% (-1 Pp.) für den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft. 44% (+1 Pp.) der Befragten geben an, die Kosten für EDV, Computer IT & E-Government sowie Hard- und Software seien in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. 32% (±0 Pp.) der Befragten geben ferner an, die Gemeindegkosten für den Erhalt und Bau kommunaler Bauten seien gestiegen.

Am unteren Ende stehen die Kostenposten Fuhrpark und Geräte (27%, +1 Pp.), Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung (24%, +2 Pp.), Energie, Umweltschutz und Klima (18%, +1 Pp.), Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur (16%, +1 Pp.), Gebäudetechnik (16%, -3 Pp.) sowie der Erhalt und Bau in der Abfallwirtschaft (14%, -7 Pp.).

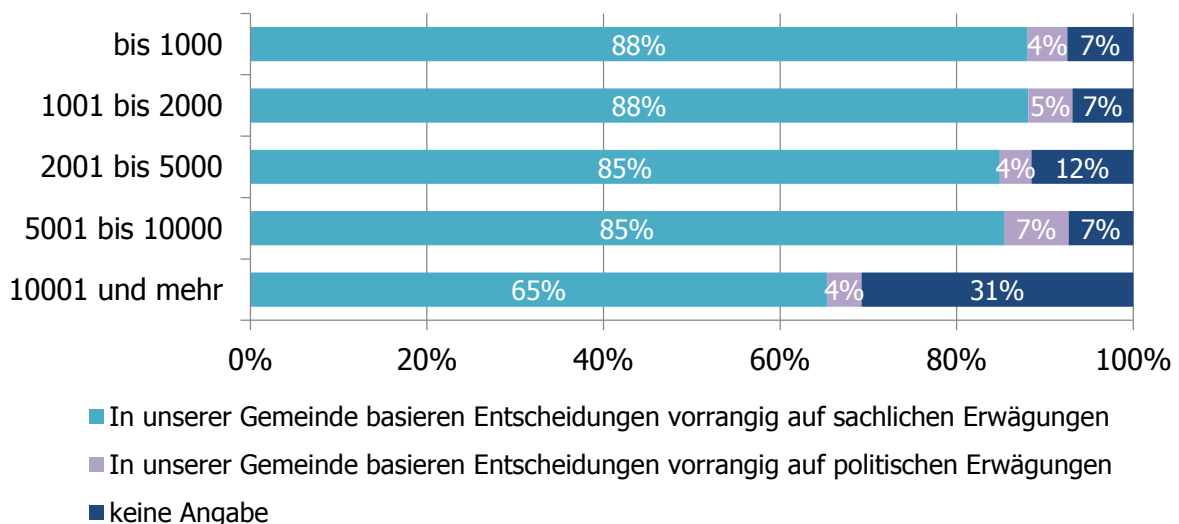
Abb.6: Anteil der Angaben „Kosten sind in den letzten 10 Jahren gestiegen“ nach Kostenart



Geplante Investitionen bis 2018

Wie werden Entscheidungen – insbesondere Investitionsvorhaben – in den Gemeinden Österreichs getroffen und beschlossen? Die Mehrheit von 86% gibt an, ihre Entscheidungen würden vorrangig auf sachlichen Erwägungen basieren, nur 5% sagen, dass Entscheidungen gemäß politischer Erwägungen getroffen werden, 10% machen keine Angabe.

Abb.7: Entscheidungsgründe für Investitionsvorhaben nach Ortsgröße

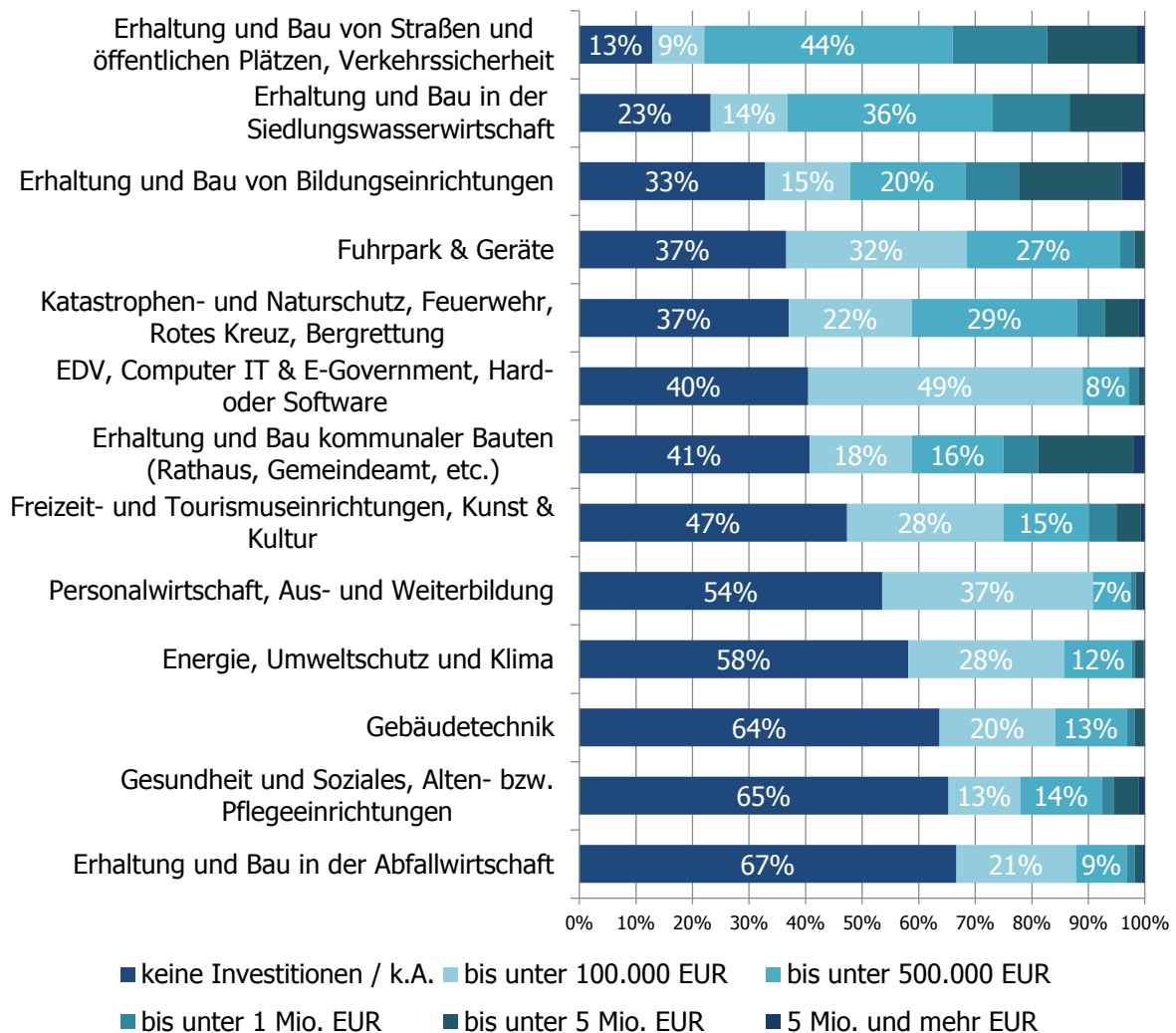


Am häufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen bzw. zur Verkehrssicherheit geplant: mit Ausnahme von 13% der Gemeinden planen alle, bis Ende 2018 in diesen Bereich zu investieren. Der Investitionswert beläuft sich dabei für die Hälfte der Gemeinden auf bis zu 500.000 EUR, für 17% auf bis zu 1 Mio. EUR und für ebenfalls 17% sogar auf mehr als 1 Mio EUR.

Am zweithäufigsten geplant werden Investitionen in den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft sowie in Bildungseinrichtungen (67%), wobei die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen etwas höher liegt. Ebenfalls sind von noch mehr als jeder zweiten Gemeinde in Österreich Investitionen in den Bereichen „Katastrophen- und Naturschutz/Feuerwehr/Rotes Kreuz/Bergrettung“ (63%), „Fuhrpark und Geräte“ (63%), „EDV, Computer IT & E-Government, Hard- und Software“ (60%) und „Erhalt und Bau kommunaler Bauten“ (59%) geplant. Im EDV-Bereich liegen die geplanten Investitionskosten am niedrigsten (49% bis unter EUR 100.000). In den Katastrophen- und Naturschutz planen 51% der Gemeinden, maximal EUR 500.000 EUR zu investieren, in Fuhrpark und Geräte 59%. In den Erhalt und Bau kommunaler Bauten planen immerhin 25%, mehr als EUR 500.000 bis Ende 2018 zu investieren.

Von 53% der Gemeinden sind Investitionen in Freizeit- und Tourismuseinrichtungen geplant, wobei die Investitionen nur selten die EUR 500.000-Grenze übersteigen dürften. In allen anderen abgefragten Bereichen planen nur im Schnitt 30% bis 40% der Gemeinden, bis Ende 2018 überhaupt größere Investitionen zu machen. Auffällig dabei ist die geringe Investitionsfreudigkeit in Gesundheit und Soziales, also z.B. Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen: nur 35% der Gemeinden wollen hier weiter investieren.

Abb.8: Geplante Investitionen bis Ende 2018

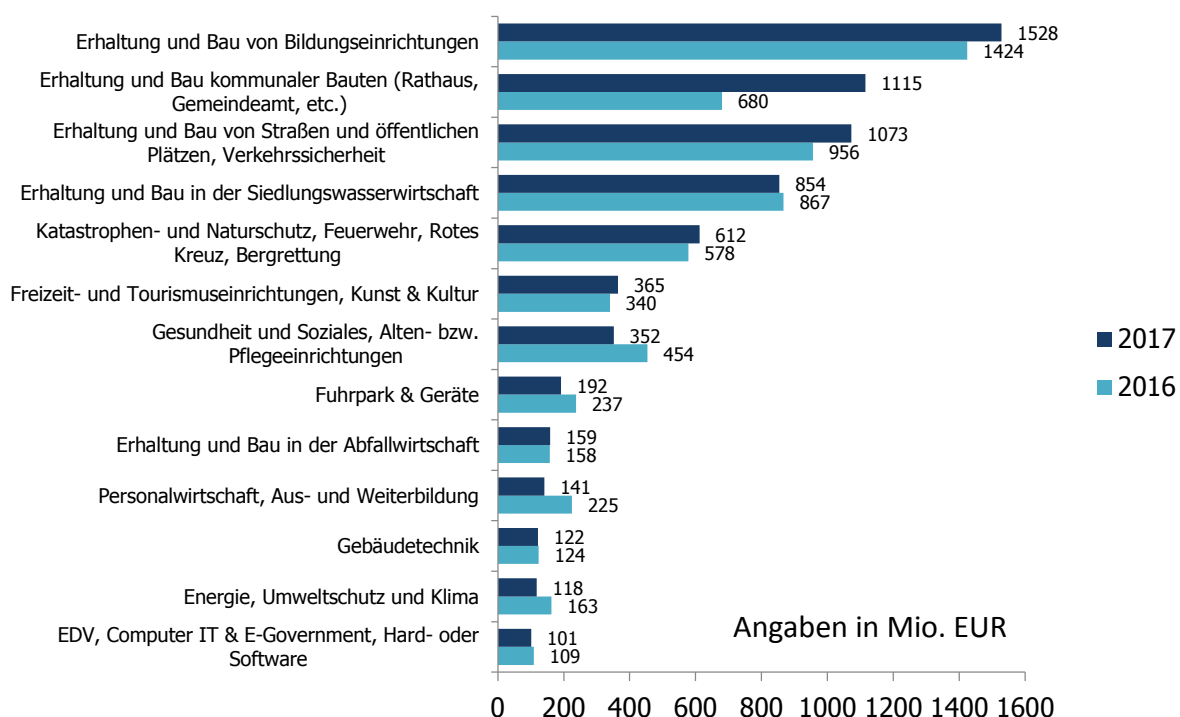


Vergleich geplante Investitionen

Die kommunalen Entscheidungsträger wurden befragt, in welcher Höhe Investitionen bis zum Jahresende 2018 geplant sind – hierbei zeigen sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im Vergleich der Ergebnisse von 2016 und 2017. Den größten Zuwachs bei Investitionen verzeichnet laut Angaben der Gemeinden der Bereich „Erhaltung und Bau kommunaler Bauten“, der von rund EUR 680 Mio. auf EUR 1.115 Mio. steigt. Ebenso werden die Kosten im Bereich „Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen“ von rund EUR 960 Mio. auf EUR 1.100 Mio ansteigen. Eine leichte Zunahme der Investitionen gibt es bei „Katastrophen- und Naturschutz, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung“ (von EUR 577 Mio. auf EUR 611 Mio.) sowie bei Investitionen in „Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ (von EUR 340 Mio. auf EUR 365 Mio.).

In vier abgefragten Bereichen werden die Investitionen bis Ende 2018 eher rückläufig sein. Rückgänge dürfte es bei Investitionen im Bereich „Gesundheit und Soziales“, also Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen (von EUR 454 Mio. auf EUR 352 Mio.) und in den „Fuhr- bzw. Gerätepark“ (von EUR 237 Mio. auf EUR 192 Mio.) geben. Investitionen in „Personal, Aus- und Weiterbildung“ scheinen sich ebenfalls zu reduzieren, und zwar von EUR 225 Mio. auf EUR 141 Mio. Die Ausgaben für „Energie, Umweltschutz und Klima“ dürften sich um rund EUR 45 Mio. auf EUR 117 Mio. minimieren. Die Investitionen in den Bereichen „Erhalt und Bau in der Abfallwirtschaft“ (von EUR 157 Mio. auf EUR 159 Mio.), „Gebäudetechnik“ (von EUR 124 Mio. auf EUR 122 Mio.) sowie „EDV, Hard- und Software“ (von EUR 109 Mio. auf EUR 101 Mio.) werden laut Auskunft der kommunalen Entscheidungsträger stabil bleiben.

Abb.9: Vergleich geplante Investitionen für die kommenden beiden Jahre - 2016 und 2017

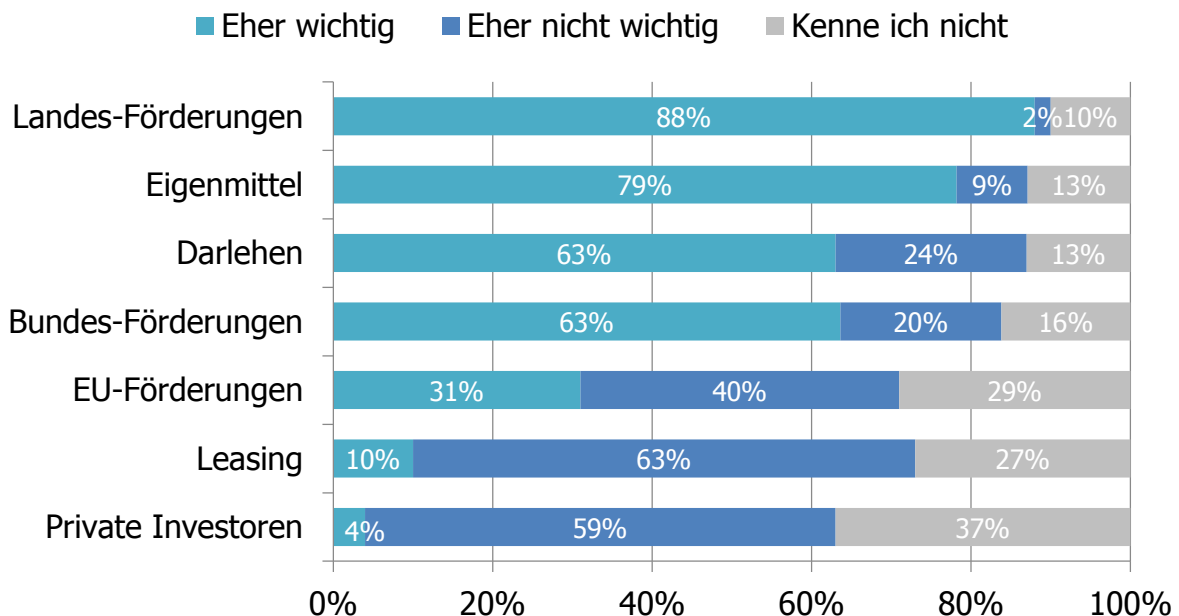


Finanzierungsarten

Die angeführten Investitionsvorhaben legen teilweise beträchtliche Kosten offen, deren Finanzierung auf unterschiedliche Arten erfolgen kann. Für die meisten Gemeinden stehen Landes-Förderungen (88%, +3 Pp.), Eigenmittel (79%, +2 Pp.), Bundes-Förderungen (63%, - 4 Pp.) sowie Darlehen/Kredite (63%, -2 Pp.) an oberster Stelle der Möglichkeiten. Während die Wichtigkeit von Landes- und Bundesmitteln mit zunehmender Ortsgröße etwas zurückgeht, sind private Investoren in kleineren Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern von Bedeutung.

EU-Förderungen werden von 31% der Gemeinden als wichtige Finanzierungsquelle für die geplanten Investitionen genannt, für 40% spielen sie hingegen keine Rolle. Dass 29% der Gemeinden sich zu EU-Förderungen nicht äußern bzw. diese nicht kennen, zeigt den Informationsbedarf, der diesbezüglich noch besteht. Weniger eine Rolle spielen Leasings (9%, -2 Pp.) und private Investoren (4%, -4 Pp.).

Abb. 10: Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Finanzierungsarten



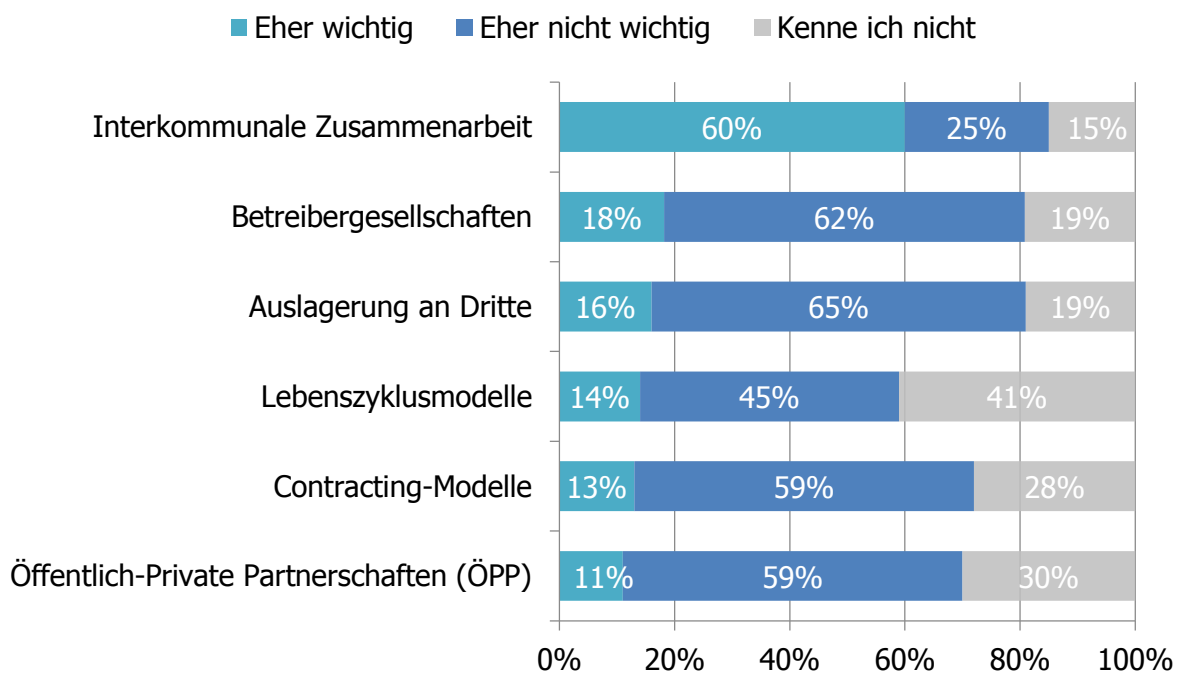
Alternative Finanzierungsmöglichkeiten

Alternative Finanzierungen finden derzeit im kommunalen Bereich zunehmenden Zuspruch. Eine populäre Form stellt Crowd-Funding bzw. Schwarmfinanzierung dar. Hierbei werden benötigte Investitionsbeträge bzw. Teile davon durch die Akkumulierung vieler kleiner Beträge gesammelt.

Durch das Alternativfinanzierungsgesetz wird die Finanzierung kleinerer Projekte (bis EUR 1,5 Mio.) erleichtert, da bis zu diesem Betrag keine Prospektspflicht besteht, sofern der Betrag pro Anleger EUR 5.000 nicht überschreitet. Beispielsweise werden mit Hilfe dieser Form der Alternativfinanzierung Photovoltaikanlagen oder „Bürgerkraftwerken“ erbaut. Laut Biwald et al. (2015)⁴ stellt diese Form des Bürgerkredites eine interessante Form dar, um Bürger aktiv in das Investitionsverhalten der Gemeinde einzubinden.

Schon in den vergangenen Jahren wurde festgestellt, dass die Realisierung der geplanten bzw. beschlossenen Projekte immer häufiger auch neue Formen der Finanzierung erfordert. Besonders häufig schätzten die Gemeinden bisher Formen der interkommunalen Zusammenarbeit als wichtig ein. Dies bestätigt sich auch heuer: Erneut sind interkommunale Formen der Kooperation mit 60% (+5 Pp.) die wichtigste neue Finanzierungsmöglichkeit der Gemeinden. Alle anderen abgefragten neuen Formen liegen dahinter: die Bedeutung von Betreibergesellschaften (18%, -2 Pp.), Auslagerung an Dritte (16%, -2 Pp.), Lebenszyklusmodellen (14%, -3 Pp.), Contracting-Modellen (13%, -5 Pp.) und Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (11%, -4 Pp.) ist leicht rückläufig.

Abb. 11: Wichtigkeit von Finanzierungsarten

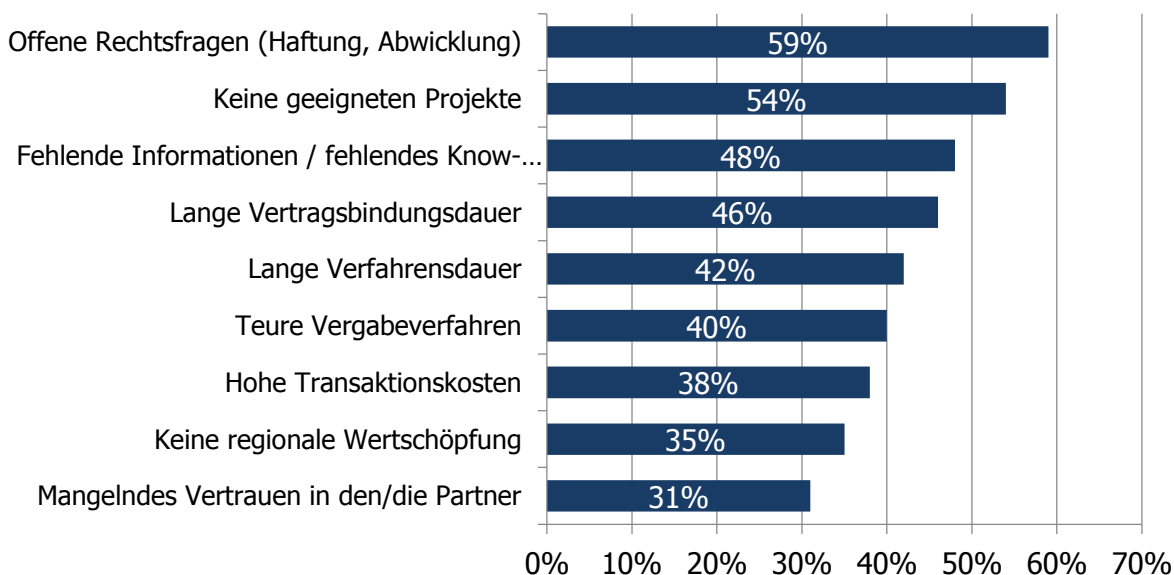


⁴ Biwald, Peter; Clemens Hödl und Wolfgang Oberascher (2015): Grundlagenpapier für den Österreichischen Städtetag 2015. Kurzfassung.

Hindernisse bei der Realisierung Öffentlich-Privater Partnerschaften

Öffentlich-private Partnerschaften werden in der aktuellen Umfrage von 11% der Gemeinden als wichtige Investitionsquelle für geplante Projekte genannt, 59% stufen sie als „eher nicht wichtig“ ein, 30% kennen sie nicht oder machen keine Angabe dazu. Die ausbaufähige Relevanz von sogenannten „Public-Private-Partnerships“ ist auch auf mehrere Hindernisse zurückzuführen, allen voran offene Rechtsfragen in Bezug auf Haftung und Abwicklung (59%, -3 Pp.). Mehr als die Hälfte der befragten Gemeinden sehen zudem keine geeigneten Projekte in ihrer Gemeinde (54%, +1 Pp.). Für einige Gemeinden stellen fehlende Informationen (48%, +2 Pp.), lange Vertragsbindungsdauern (46%, +4 Pp.) und lange Verfahrensdauern (42%, -4 Pp.) entsprechende Hindernisse dar. Auch teure Vergabeverfahren (40%, -6 Pp.) und hohe Transaktionskosten (38%, -5 Pp.) stellen für die Gemeinden Hindernisse bei der Realisierung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften dar. Am seltensten genannt wurden „keine regionale Wertschöpfung“ (35%, +3 Pp.) und „mangelndes Vertrauen in den/die Partner“ (31%, -4 Pp.).

Abb. 12: Hindernisse bei der Realisierung geplanter Public-Private-Partnership-Projekte

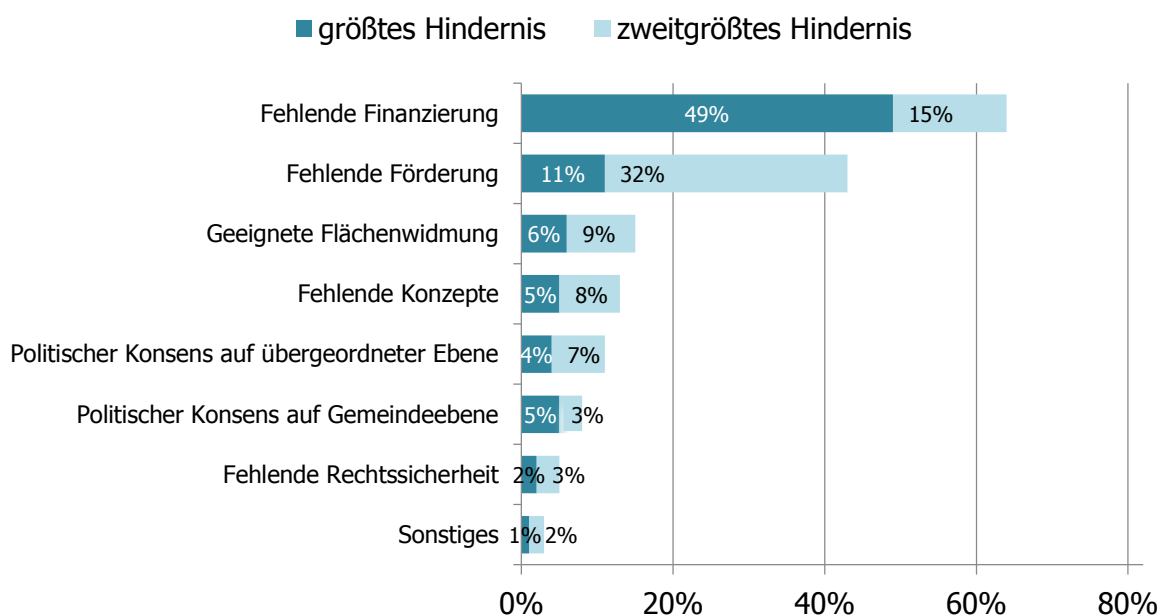


Größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene

„Was ist aus Ihrer Sicht das größte bzw. zweitgrößte Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene?“ – diese Frage wurde in der Vergangenheit in der Regel mit fehlenden Finanzierungen und fehlenden Förderungen beantwortet.

Auch in der diesjährigen Umfrage stehen diese beiden Aspekte ganz oben. 49% der Gemeinden nennen die fehlende Finanzierung als größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene, weitere 15% sehen es als zweitgrößtes Hindernis (Summe: 64%, +2 Pp.). Fehlende Förderungen werden von 11% der Gemeinden als größtes Hindernis und von weiteren 32% als zweitgrößtes Hindernis eingestuft (Summe: 43%, -2 Pp.). Alle weiteren potentiellen Hindernisse werden nur noch von wenigen Gemeinden als relevant eingestuft, etwa der fehlende politische Konsens auf übergeordneter Ebene (Summe: 11%, +5 Pp.) oder der fehlende politische Konsens auf Gemeindeebene (Summe: 8%, +3 Pp.).

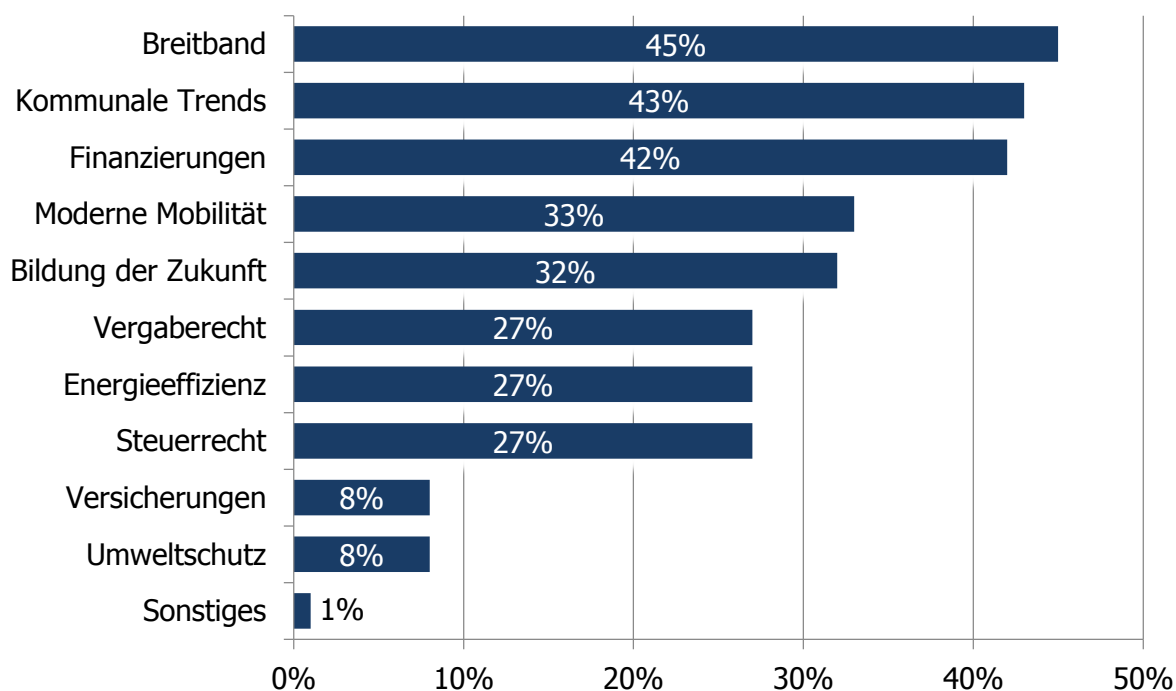
Abb. 13: Hindernisse für Investitionen auf Gemeindeebene



Informationsbedarf

Zudem wurde ein potentieller Informationsbedarf der Gemeinden bzw. der dort Bediensteten abgefragt. An erster Stelle besteht Interesse an den Themen Breitband (45%), kommunalen Trends (43%) und Finanzierungen (42%), gefolgt von moderner Mobilität (33%) und Bildung der Zukunft (32%). Mehr als jede vierte Gemeinde hat Informationswünsche hinsichtlich Energieeffizienz, Steuerrecht sowie Vergaberecht (jeweils 27%). Kaum Informationsbedarf besteht hingegen bei den Themen Versicherungen und Umweltschutz (jeweils 8%).

Abb. 14: Informationsbedarf der Gemeinden



Kommunales Investitionsprogramm

Im März 2017 wurde vom Ministerrat das kommunale Investitionsprogramm verabschiedet, damit sollen Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur gefördert werden. Das Programm umfasst eine Förderungssumme von insgesamt EUR 175 Mio. Finanzminister Schelling und der damalige Wirtschaftsminister Mitterlehner sehen darin eine „Unterstützung des Rückgrates unseres Landes“. Durch die Förderung sollen rund EUR 750 Mio. an Folgeinvestitionen für Bauprojekte ausgelöst werden, die zusätzlich die Schaffung von 8.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen ermöglichen sollen.

Grundsätzlich gibt es keine Beschränkung bezüglich der Anzahl eingereicherter Projekte pro Gemeinde. Förderungswürdig sind die Errichtung und Erweiterung von Schul- und Kindergarteneinrichtungen, Einrichtungen für Senioren und Behinderte, kommunale Sport- und Freizeitanlagen, Umbauten zur Barrierefreiheit, Investitionen in Verkehrs-, Müll-, Abwasser- und Wasserinfrastruktur sowie die öffentliche Wohnraumbeschaffung und der Breitbandausbau. Von der Förderung ausgenommen sind die Anschaffung von Fahrzeugen, Personalkosten und Eigenleistungen der Gemeinde.

Der Gesamttopf wird mittels eines festgelegten Schlüssels auf die Gesamtzahl der Gemeinden verteilt. Diese können anschließend selbst entscheiden, wie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auf die verschiedenen Projekte aufgeteilt werden. Pro Projekt werden maximal 25% der Gesamtkosten gefördert und es sind nur jene Projekte förderungswürdig, deren Planungskosten bis 31.12.2016 lediglich im Voranschlag 2017 enthalten waren und deren Beginn der Bauinvestitionen nicht vor dem 01.04.2017 lagen. Die nachfolgende Abbildung zeigt die ungefähre Verteilung der Förderungsbeträge anhand der kommunalen Investitionen von 2009-2015.⁵

Abb. 15: Kommunale Investitionen inklusive ungefähre Berechnung des Anteils am kommunalen Investitionsprogramm

KOMMUNALE INVESTITIONEN (GEMEINDEN OHNE WIEN, IN MIO. EURO)								KOMMUNALES INVESTITIONSPROGRAMM
2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
BGLD.	72,4	67,4	61,6	94,5	77,1	84,5	90,2	5,41
KTN.	135,1	108,0	102,4	115,9	128,7	141,4	118,6	11,04
NÖ	707,8	559,5	498,5	505,2	537,3	626,5	618,8	31,21
OÖ	491,4	362,5	303,2	299,9	337,2	420,6	536,2	28,06
SBG.	119,9	114,1	137,6	182,9	161,2	180,1	180,7	10,70
STMK.	309,7	275,5	222,7	265,6	292,6	378,1	301,1	23,97
TIROL	228,0	198,8	205,6	223,4	269,8	290,8	294,7	14,16
VBG.	134,5	117,9	113,9	120,2	156,4	172,0	161,8	7,43
GESAMT	2.198,8	1.803,7	1.645,5	1.807,6	1.960,3	2.294,0	2.302,1	131,99

Die nun schon zum sechsten Mal durchgeführte Erhebung bietet erneut einen fundierten Überblick über die aktuelle Situation in den Gemeinden und ermöglicht zudem vielfältige Vergleiche in Bezug auf die Ergebnisse der letzten Jahre. Zusammenfassend lässt sich in diesem Jahr festhalten, dass die Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene nun tendenziell wieder optimistischer auf die künftigen Investitionen blicken und dass das geplante Investitionsvolumen um rund sechs Prozent steigen sollte.

Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung, mit freundlichen Grüßen



Dr. Harald Pitters

Wien, Mai 2017

⁵ vgl. Gschwandtner (2017): Kommunales Investitionsprogramm.